







Freitag, den 30. Januar 1931

Volkszeitung

Ab Freitag, den 30. Januar:

# Der keusche Josef

Ein Tonfilm-Programm für alle, die gern lachen — ein ganz ausgelassener Schwank voll urkomischster Situationen. Lachen, Lachen, nichts als Lachen! Glänzend inszeniert von Georg Jacoby und in fröhlichster Laune gespielt von:

Elga Brink, Harry Liedtke, Grete Natzler, Paul Heidemann, Ossi Oswalda, Henry Bender, Felix Bressart, Paul Westermeier, Ida Wüst

Wochentage 4, 7, 9 Uhr

Sonntags 3, 6, 7, 9 Uhr

Erwerbslose Zuhörer w. 10 Pfennig, ab 10 Uhr Preise

Der 5. Film 1.00 im Freudentheater

Gezeigt am 5. Januar 1931 in Dresden, abendes 1. Theaters, in durch Kritische von den Dresdner Theatern, vom 29. November 1930 bis 1. Februar 1931 unter Leitung eines Auszugschauens der Kritik gezeigt.

20 RM. Goldstafte, erlaubte 2 Taten

abfängnis

abfängnis vermerkt werden.

Den Reichstag im Werkkreis IV ist die

Stellungnahme, die die Verurteilung des

Reichstagsabgeordneten in der Dresdner Volks-

schau bestimmt bestimmt ist.

Amtsgericht Dresden

am 27. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

25. Januar 1931 — 100.000

20.000 Goldstafte, die die Wahlen und Wahlen zu

den Reichstagsabgeordneten vom 25. Januar 1930

## Dresden Chronik in Breite der Markenartikel

Es ist zu beobachten, dass die Reichsregierung eine Verordnung die Preise für viele Markenartikel nicht bemüht, so sehr auch es doch von den Preisen bedauert werden, dass als Ergebnis der Verordnung weitgelegt worden sind. Die Deutschen sind gerade bei den meisten Markenartikeln mit ihrer Preissteigerung und dem steilen Währungsverhältnis erinnern und veranlassen eine weit höhere Erstellung wäre. Zum Beispiel seien beispielsmässig ertragbar wären. Zum Beispiel seien beispielsmässig ertragbar wären. Zum Beispiel seien beispielsmässig ertragbar wären. Zum Beispiel seien beispielsmässig ertragbar wären.

Herrschungskreis: Verkaufspreis.

0.10,5 Mr.	150—200 Mr.
oder (Turmschmied)	45,00 Mr.
12,00 Mr.	120,00 Mr.
1,00 (Stein)	3,50 Mr.

Reichsministerium wird durch die Verordnung Verteilung von der Preissteigerung auszuholen, die Anwendung der Verordnung "unvorhersehbare wirtschaftliche Nachteile" entstehen. Diese kann die Veranlassung geben, dass der Umlauf der Preise stark verringert wird. Die Verordnung darf darum zu achten haben, dass die Worte "unvorhersehbare wirtschaftliche Nachteile" nicht eine überzogene Auslegung erfahren.

### Die Arbeitersstimme hebt! D. Versammlungen heute abend sollen gestoppt werden!

Gesetz, dass heute abend in den drei sozialdemokratischen Versammlungen gegen die politische Verwirrung um den Beginn zwanzig Minuten Nebstimmung gewährt wird, benutzt die Arbeitersstimme zu einer durch zwei Abstimmung fortgesetzten Sitzung gegen die SPD. Ihre Anhänger auf, die drei sozialdemokratischen Kreise zu befürworten, und lädt großspurig an, dass kommunistischen den sozialdemokratischen Reden entgegen zu ihnen "Neben und Antwort" fordern werden. Eine Aufmachung dieser Anhängerungen lässt erkennen, dass sie unter ihr die SPD-Partei auf unangemessene Weise arbeiten. Es ist ganz offenkundig daraus ab, dass Versammlungen durch einen von kommunistischer Art bestellten Kostüm zu förennen! Es nennt die Arbeitersstimme gegen den Faschismus.

Genossen werden aber diese verräterische Absicht zu wissen!

### Probleme der Versuchsschule

dieses Themas sprach Mag. Ritsche, Hellerau, im Lehrerverein. Schon vor dem Kriege sind, wie wir wissen, Reformversuche gemacht und praktisch werden, Hamburg und Leipzig gründeten die ersten auf der Unterstufe. Bis 1914 waren die Pläne vollendet. Nur der Krieg verhinderte die Verwirklichung 1919 begann dann Hamburg mit zwei Versuchsschulen sehr bald, und zwar nicht nur in den Handelsbildungsfähigen Momenten haben die finanziell ins Stöcken gebrachte, obwohl die Grundsätze nicht widerlegt sind. Heute ist in Sachsen eine Schulsozialfakultät nicht gemacht worden. Nur hier ein sich behende Anfang der Zusammenarbeit mit den Schulen. Für die Versuchsschule ist das Problem, zur höheren Schule besonders wichtig. Es sind die Fragen der Arbeitschule, die in der Versuchsschule gelöst werden. In Sachsen hat man diese Fragen nur nach der Seite der Handelsbildung hin gelöst. (Rüheung an den Kreis, Entstehung aller Kräfte usw.). In der regionalen Eingliederung der Wertheimstädte in den Provinzverband, der Durchführung der Kinderfreizeit und endgültige Fortsetzung nach nicht gefundenen. Gründen des Unterrichts haben sich herausgebildet das Kind und der Gesamunterricht. Der Erziehungsmittel in den Vorbergrund gerückt. Die Bildung der Schulgemeinschaft spielt eine große Rolle. Sozialarbeiter und Schüleraustausch sind aus diesen Gründen notwendig. Der Zweck der Versuchsschule wird mit leicht gelerntem. Er liegt mehr in der Erprobung und Verwendung. Erprobt werden sollen Theorien, in, Pläne und pädagogische Mittel. Die Erforschung auf Arbeitsmittel, Arbeitswege, Augenblicke und Zonen. Werden aber sollen die Versuchsschulen für die neuen Schule und der neuen Erziehung.

Reinigungsaufgaben der Schweinehalskliniken des Städtischen und Schlachthofes wurde vor kurzem in Betrieb genommen. Damit die Krieger die früher mit beide Hauptklinikum und Sonderklinik, fast gleichmäßig verteilten Schweinehalskliniken auf die Montage zusammengezogen sind, so dass am Erziehungsbau gefördert werden. Der Bau und Bauleitung: Städtisches Hochbauamt verfügt, dass Schweinehalskliniken um etwa 80 Prozent und ist fast ausgeschlossen. Einstellung und Einrichtung sind im gleichen wie in der alten Klinik. Als benötigte und auszutragenden sind zu erwähnen: die zur Durchgehenden neuen Tischlerei, elektrische mit automatischen und elektrisch betriebenen Auswerfern, gleichfalls Sandstrahlen, und Hebezeuge für die auf Hochbahnwagen Schweine mit Hochbahnanhänger. Unterstellung der gesamten Klinik ist die Gewinnung von Räumen für Bäder, für Waschsalone, Trocknung der Schlauchzüge, für Räume für Fahrzeughallen, Aufstellung von Maschinen u. s. m. Hier, die durch wesentlich verzögerte Überlebenszeit der alten Klinik ist, hat Atemnotsaufnahmehilfen aus Eisen beschafft und wird durch hohe Luft entlastet werden. Das bringt leeren Raum, dass der Neubau nicht geschafft ist. Deshalb ist eine lebhafte und ausführliche Präsentation der von den Arbeitslosen angebotenen Wandschränke verlangt und darum hingerufen, dass der Wundertechnik auch erweitert werden darf, wenn die Person des Arbeitslosen und auch das Wunderziel die Wünsche dafür dießt, dass der Zweck des Wanderns auch tatsächlich erreicht werden kann.

**Strenge Prüfung bei Wundertechnik.** Es ist vielfach die Meinung gemacht worden, dass Arbeitslose mit Wundertechnik auf der Arbeitsmarkt als die Wundertechnik und nicht mit Verständnis angewandten und richtig zu dosieren vermag, der hat das Recht für einen gesunden Lebenslauf bis ins späte Alter nicht nur für den Körper, sondern auch für Geist und Charakter. Prüfung dabei ist natürlich die Kenntnis und Einschätzung sozialischer Erfahrungen. Redner befürchtet, von diesen Gesichtspunkten ausgehend, auch die Hygiene der Wohnung, der Kleidung und der Ernährung. Es folgten dann unter dem Gesichtspunkt von Hygiene und Ernährung die Regelungen für Kleidung und Ausbildung der häuslichen Kräfte vom Steigbügler bis in die höchsten Semester unter besonderer Betonung des Körperlichen und geistigen Spottes mit der verschiedenen Dosierung für alle Altersstufen beim weiblichen und beim männlichen Geschlecht. Lebhaftes Beifall der zahlreichen Zuhörer dankte dem Redner. Diensing, den A. Freiherrn, sprach dann Dr. Brünnow über: Die Bedeutung des Schmerzes in der Frauenheilkunde.

**Strenge Prüfung bei Wundertechnik.** Es ist vielfach die Meinung gemacht worden, dass Arbeitslose mit Wundertechnik auf der Arbeitsmarkt als die Wundertechnik und nicht mit Verständnis angewandten und richtig zu dosieren vermag, der hat das Recht für einen gesunden Lebenslauf bis ins späte Alter nicht nur für den Körper, sondern auch für Geist und Charakter. Prüfung dabei ist natürlich die Kenntnis und Einschätzung sozialischer Erfahrungen. Redner befürchtet, von diesen Gesichtspunkten ausgehend, auch die Hygiene der Wohnung, der Kleidung und der Ernährung. Es folgten dann unter dem Gesichtspunkt von Hygiene und Ernährung die Regelungen für Kleidung und Ausbildung der häuslichen Kräfte vom Steigbügler bis in die höchsten Semester unter besonderer Betonung des Körperlichen und geistigen Spottes mit der verschiedenen Dosierung für alle Altersstufen beim weiblichen und beim männlichen Geschlecht. Lebhaftes Beifall der zahlreichen Zuhörer dankte dem Redner. Diensing, den A. Freiherrn, sprach dann Dr. Brünnow über: Die Bedeutung des Schmerzes in der Frauenheilkunde.

**Der neue Prospekt für 1931.** In überaus ansprechender, modern geschmackvoller Ausführung legt die "Uro" ihr Fleisch- und Erholungsprogramm für 1931 in geprägter Form der interessierten Öffentlichkeit vor. Der Prospekt sieht eine Winterfahrt nach Bobo-Holstein und an die französische Riviera, eine Überfahrt nach Nürnberg, je zwei Mittelmeer- und Adriatische, Reisen nach Südtirol - Dolomiten, Salzburg, Paris und schließlich in die Tatra vor. An Erholungsaufenthalten bietet die "Uro" einen Seeaufenthalt an der Adria in Abens im ehemaligen Seebad, ferner in exklusiven Pensionen in Meran, Bleden am Wörthersee, Bobo-Holstein, in den Weltfuroren Marienbad und Karlsbad sowie zu zuerst niedrigen Preisen. Die "Uro" beruft auf neuerliche Preisgestaltung, ihre Räume und Erholungsangebote werden also ohne Gemeinkosten veranstaltet, nur zum zweiten der Erfüllung der üblichen Aufgabe, allen Urlaubern während der langen Zeit ihrer Ausspannung und Erholung das Beste versprechen zu wollen. Das Gesetz ist gegen Einführung von 3 Stunden oder

## Förderung der Neustadt? Der Rat antwortet auf die Wünsche und Klagen der Neustädter

Der Rat antwortet in der nachstehenden Anschrift, die von der Stadtkapitale ausging, auf die Klagen über eine ausführliche Jurisdicition der Neustadt, die hauptsächlich von dem unter dem Namen Neustadt stehenden "Kreis" auf Übertragung der Neustadt erfasst werden.

Städte, die am großen Strom liegen, haben besondere Rechte. Wer das breite Band des Stromes, der auf die ganze Städteanlage einen ungemein bedeutenden Einfluss ausübt, geht auch durch das Wasser einen Trennungsrückhalt ein. Es schafft ein "Tiefseewasser" und ein "Hochwasser" und Jahreszeit die Stadt gewissermaßen in zwei Teile. Die beiden Stadthälfte entweder sich naturnahen und flache verstreichen. Sofern wir uns die am flachen gelegenen Städte wie Köln, Tübingen, Frankfurt a. M., Magdeburg, Dresden, Bremen oder Mainz an, so werden wir feststellen können, dass die Entwicklung fast überall zwischen die gleiche ist wie in Dresden; das Zusammenhang liegt jetzt auf der einen Stadthälfte.

In Dresden hat sich die Entwicklung so geprägt, dass die Neustadt - vorunter alle Städte rechts der Elbe verstandenen sollen - nach der letzten Volkszählung 1890 4000 Einwohner hatte, während links der Elbe 450 74% mehr als das Stadtbürogebiet gewählt wurden. Der Anteil der Neustadt an der Gesamtbewohnerzahl der Neustadt ist während schon jetzt mehr als 50 Jahren etwa der gleiche geblieben, nämlich 30 Prozent der Gesamtbewohnerzahl Dresden. Die flache und fließende Elbgebiete umfasst jetzt rechts der Elbe 1222 Hektar. Diese Zahlen sind der Ausdruck einer Entwicklung, deren Ursachen nicht in neuerer Zeit zu suchen sind, sondern viele Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte zurückliegen. Bis zu einem gewissen Grade waren auch die geographischen Verhältnisse ausschlaggebend. Auf all' das hier nicht einzugehen, würde zu weit führen; nur darauf sei hingewiesen, dass in der früheren Geschichte weniger die Stadtbewohnerung als vielmehr Königsbau und Staatsregierung Stadtbild und Siedlung beeinflusst haben.

Wenn nun heute von der Neustadt immer wieder lebhaft gefordert wird, dass der Rat der Stadt in Anbetracht der unterschiedlichen Schwierigkeiten bei der Neustadt zu entscheiden müsse, ja entweder ganz die Frage, auf welche Weise das geschieht, kommt. Selbst wenn beiden Willen der Stadtbewohner es so unmöglich, durch öffentliche Verwaltungsmassnahmen eine Entwicklung grundlegend zu ändern, die, wie erwähnt, in längst vergangenen Zeiten begründet ist. Auf die Entwicklung haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zeit seit einigen Jahren hin als ob beobachtet und müssen sie noch so gut gemeint sein. Es wäre deshalb völlig falsch, wenn die Stadtbewohnerung die Verwaltung trajektorisch zu beeinflussen versucht, bei Bekämpfung ihrer wirtschaftlichen Probleme im engen und weiteren Sinne einzelne Städte zu bevorzugen. Angesichts davon könnte sich die Stadtbewohnerung aber um so weniger für eine solche Verordnung ausspielen, als die Wirtschaftsknoten unserer Zeit sich in allen Teilen der Stadt befindet und beweglich macht. Nun ist aber folgendes zu bestimmen: Das, was Stadtbewohner überwältigt geschehen kann, um die Wünsche der Neustadt zu erfüllen, ist in den letzten zwei Jahrzehnten, besonders aber in der Nachkriegszeit, geschehen, und zwar in recht beträchtlichem Umfang.

Ber die nachstehenden Anfragen unverzüglich und gerecht prüft, muss erkennen, dass die Stadtbewohnerung die Neustadt tatsächlich nicht als "Stieftief" behandelt hat, wie es oft vorgetragen wurde, sondern dass sie, wie es ihre Pflicht ist, beide Städte in gleicher und gerechter Weise bereitet hat.

Um mit den Städten zu beginnen, so feien nur erwähnt die Feuerwehr Lautenstraße, der Straßenbahnhof an der Tiefenberger Straße, Oberschöneweide und Gohlis und vor allem das Schmiede- und allen Aufträgen der Städtebetriebe entsprechende Volksschule. Besonders beweisen umfangreiche Schmiede- und Erwerbsangebote - 20, 40, 42, 44 und 46 Hektare. Berufsschule Metallbauhauptstraße, Hochschule für Technik und Gewerbe Dresden und Oberlausitz und die dazugehörige Büroschule. Seit 1925 wurde die Neustadt in eine Oberrealschule umgewandelt. 1929 wurde die zweigeteilte Neustadt der Städtebetriebe Bautzen und Leubnitz und die zweigeteilte Neustadt aus dem Stadtbüro selbst, momentan keinen bestellten Anteil, weitestgehend in ihrem Bereich eine ausführliche Erklärung des Rates gewesen.

Von kulturellen Einrichtungen seien folgende erwähnt: Die 1911 gegründete sozialistische Jugendmetall wurde 1925 zur neuerrichteten Volksschule "Wissensgymnasium" ausgebaut. 1926 wurde die dreijährige Büroschule Dresden-Neustadt gegründet und mit der höheren Büroschule vereinigt. 1928 wurde die Neustadt in eine Oberrealschule umgewandelt. 1929 wurde die zweigeteilte Neustadt der Städtebetriebe Bautzen und Leubnitz und die zweigeteilte Neustadt aus dem Stadtbüro selbst, momentan keinen bestellten Anteil, weitestgehend in ihrem Bereich eine ausführliche Erklärung des Rates gewesen.

Von kulturellen Einrichtungen seien folgende erwähnt: Die 1911 gegründete sozialistische Jugendmetall wurde 1925 zur neuerrichteten Volksschule "Wissensgymnasium" ausgebaut. 1926 wurde die dreijährige Büroschule Dresden-Neustadt gegründet und mit der höheren Büroschule vereinigt. 1928 wurde die Neustadt in eine Oberrealschule umgewandelt. 1929 wurde die zweigeteilte Neustadt der Städtebetriebe Bautzen und Leubnitz und die zweigeteilte Neustadt aus dem Stadtbüro selbst, momentan keinen bestellten Anteil, weitestgehend in ihrem Bereich eine ausführliche Erklärung des Rates gewesen.

Von kulturellen Einrichtungen seien folgende erwähnt: Die 1911 gegründete sozialistische Jugendmetall wurde 1925 zur neuerrichteten Volksschule "Wissensgymnasium" ausgebaut. 1926 wurde die dreijährige Büroschule Dresden-Neustadt gegründet und mit der höheren Büroschule vereinigt. 1928 wurde die Neustadt in eine Oberrealschule umgewandelt. 1929 wurde die zweigeteilte Neustadt der Städtebetriebe Bautzen und Leubnitz und die zweigeteilte Neustadt aus dem Stadtbüro selbst, momentan keinen bestellten Anteil, weitestgehend in ihrem Bereich eine ausführliche Erklärung des Rates gewesen.

40 Pt. bei der Kaufmännischen Schule der "Uro", Bodenbach a. d. Elbe, Am Graben 1088, Haus Hainfeld, zu bezahlen.

**Wer gilt als arbeitslos?** Vom Sprudelamt für Arbeitslosenversicherung und neue Grundstücke Entscheidungen über den Begriff der Arbeitslosigkeit getätigt werden. Und mit der Arbeit ausgedehnt, besteht aber der Arbeitsvertrag fort, so gilt der Arbeitnehmer jedenfalls dann nicht als arbeitslos, wenn er verpflichtet ist, auf Verlangen des Arbeitgebers die Arbeit jederzeit wieder aufzunehmen. — Die Annahme, dass ein entlassener Arbeitnehmer nicht als arbeitslos zu gelten hat, ist nicht schon deshalb gerechtfertigt, weil der Arbeitnehmer damit reden kann, bei dem gleichen Arbeitgeber wieder eingestellt zu werden. — Ein Arbeitnehmer, der entlassen, aber versiert ist, die Arbeit nach verhältnismäßig nicht zu langer Zeit wieder aufzunehmen, gilt nicht als arbeitslos.

**Gesamtgemeinschaft für jugendliche arbeitslose Taubblinde.** Der Fürsorgeverein für Taubblinde, Taubläden, E. G. und die Deichschaft der Dresden Taubblindenstiftung haben im Rahmen der Sachsischen Notfälle eine Gemeinschaft für jugendliche schwerhörige Taubblinde eingerichtet. Sie wird unter Leitung von Taubblindenlehrern in Räumen der Taubblindenstiftung abgehalten. Die Abende weisen einen sehr tiefen, sich immer heiteren Verlauf auf. So wird den arbeitslosen Taubblinden Gelegenheit gegeben an geselliger Unterhaltung zu ausgedehntem Gedankenraum und zu beschwingten Vorträgen. So soll ver sucht werden, den arbeitslosen Taubblinden über die trockene Erwachsenenbildung hinwegzuführen. Den Taubblinden trifft eine Verbesserung der Wirtschaftslage aber nicht besonders dort, wo sie leben. Sie muss viel Mühe entrichten, die den Horrenden in Stunden und Tagen der Not und des Elends abhalten und ertragen. Die Welt der Tiere und der Mensch des gesprochenen Wortes bleibt ihnen verschlossen. Taubblinden empfinden der Taubblinde unsere Freizeit besonders schwer und leiden mehr unter körperlichen Depressionen als der hörende. Am Unterhaltung dieser Gemeinschaft beteiligt ist der Fürsorgeverein für Taubblinde, Taubläden, E. G. in Dresden-Altstadt I, Chemnitzer Straße 2, Postleitzahl Dresden Nr. 301.

**Wirtschaftsfeste legt Sarrafan still.** Auf dem Neustädter Wirtschaftsbau trug dieser Tag der gesamte Dienst des Justiz-Sarrafan von Böhmen aus kommt ein. Wie wir hören, sollen im Tiefenberger Gebäude am Carolaplatz nur interne Treffen proben, die dem Publikum nicht zugänglich sind, abgeschieben werden. Da sich Sarrafan infolge der geringen Wirtschaftslage verändert hat, keinen ganzen Tiefenbereich für die Wirtschaftszitate überlassen. Die Versammlungen, dem Unternehmen einschliessenden Hörsälen sind so groß, dass die Einrichtungen die Ausgaben nicht decken können. Am Freitagabend gedenkt Sarrafan die Mietshäuser wieder aufzunehmen.



in Parteien handelt es sich um ein parteipolitisches im Sinne des Widerbermittelten. Die SPD als die der revolutionären Arbeiterschaft betrachtet es bei dieser Gelegenheit, die Werktätigen über die wirtschaftlichen im Todeser Stadtparlament aufzuführen. Das resultierte wieder auch die Stellen beim Todeser

**Genosse Röhl:**

interessant, daß die Vertreter der Bürgerpartei von der Volkspartei bis zu den sozialdemokratischen Herrn Paul als Sprecher erschienen. Dies allerdings kann, weil keiner dieser Herren den Antrag stellen konnte, weil sie bis vor kurzem noch bestanden waren, doch diese Stellen nicht angeschrieben werden. (Zehn wählte v. d. Soz.) Sie hielten eine Ansprache überhaupt nicht für notwendig. Interessant, daß

sozialdemokratischen ausgerechnet mit Herrn Paul zusammengetroffen.

Es ist noch gar nicht lange her, daß die Kommunisten Saale brüllten, sie würden Herrn Paul herreden lassen. (Zehn wählte v. d. Soz.) Und jetzt stehen sie neben mir wie kleine Kinder hinter die Schürze gekommen und schreien: Helft uns doch gegen die bösen

Leute!

Die Verhandlung der Wahlen notwendig? Sie hat keinen Sinn endgültigen Resultat wird sie nichts ändern. Sie

haben allerdings die Hoffnung, daß sich doch noch etwas Richtiges tun kann. Worum stimmen wir für? Dr. Kühl

ist Angehöriger der Stadtpartei ist, sondern weil wir

die Eigenschaften sehen, die ihn nun als Oberbürgermeister machen können lassen. Also aus durchaus

Gründen. Gegenüber den Ausführungen des kom

mmt Redner muß aber doch noch die Frage gestellt werden:

Wollt wir in diese Situation hineingezogen? Will die Kom

munisten die Interessen der Widerbermittelten so

wie es nötig ist. Wir müssen so handeln, weil

es darum geht, daß wir auch einige sozialdemo

kratzen die Rätsel der Vermählung einzufordern.

Wir müssen deshalb die Wahlen nicht zu verlangen. Das

ist der höchste Interesse der Allgemeinheit am besten geeignet.

Am Ende müssen wir noch die Frage stellt werden:

Was ist nach Herrn Höhle eine Rede — ebenfalls ganz im

Herrn Paul, wobei er auch so etwas wie von Begehung

versuchte?

Geschworener Dr. Kaiser (D. Soz.): Höhle hat gesagt,

daß die Volkspartei alle Voraussetzung, die Wahl zu be

enden, weil Oberbürgermeister Dr. Müller vorzeitig und

zu leicht habe. Das hat Höhle nur nicht gesagt,

daß er den nächsten Wahlen werde ich zeigen, daß das nicht

genug die Volkspartei für die Verhandlung ist. So bes

sie die Wahlen nicht, um sich die Wiederwahl gewin

nen zu verdauen war es, wenn eine Einigung auf einen

hohen Punkt erzielt wäre. Wenn die Ausschreibung

sein soll, muß in eine Prüfung der Bewerbungen

gehen.

**Genosse Franke:**

in Zusammenhang der Kommunisten an, die sich bekannt

als die Vertreter des gesamten Proletariats gebildet,

bei Aufruhr zu Widerstandsgesetzungen fanden den zehnten

Tag auf die Straße zu bringen versuchten, die die SPD

veranlaßt wurden. Die Volkspartei befand

darauf, daß zu schnell gearbeitet worden ist. Sie

schafft nicht nur wenn der Wahl ihres Kandidaten

des Vertreters der Schwabindustrie, sicher wäre. Wenn

man für die Verhandlung eintrete, so wollen sie also,

die Kommunisten schwören über die Versetzung

zu, bringen aber gleichwohl einen eigenen Kandidaten

ihren Sohn in Todeser.

Wenn es zur Verhandlung,

so ist noch kommen soll, so darf doch die Wahl, da man

ausgehen nicht mehr setzen kann, nicht so weit hinaus-

den. Es wird Zeit, daß die Bürgerwelt endlich klar

Zweck beantworte wird, was den Fall der Verhandlung

am 1. Februar vorzunehmen.

Dr. Müller (Senitz) erinnert als Berichterstatter des

Stadtverordneten, daß bei den früheren Oberbürgermeister-

Präsidiumswahl nicht übereinstimmte ist. Der

Stadtverordnete aus rein sachlichen Erwägungen gemacht.

Einigung kann keine Rolle spielen. Es sei auch nicht

die Berechtigung zum Dritten Bürgermeister ein deut-

lich gewollt werden sollte. Dr. Goepfert gehörte der

sozialdemokratischen Partei an und steht der Deutschen

Partei. (Herr, hört v. d. Soz.)

Die Verhandlung setzte sich natürlich auch der National-

sozialistischen Partei an. Weil die Sozialdemokraten für Dr. Kühl

stimmen, sei das nur die Nazis ein Grund, gegen ihn zu stimmen.

Ähnlich war auch Dr. Beckhold (Soz.) für die Verhandlung.

Tann meinte sich nochmals Herr Schneider zum Wort.

Der kommunistische Gewerbetag, so ergab er, betrachtete seine Kom-

bination als Kampftstellung gegenüber dem bürgerlichen Apparat,

der Bürokratie und dem Staat und wollte die Geschichte für ganze

1000 M. im Jahre machen. Herr Schneider zeigte sich auch wieder

eine Unwahrheit, indem er behauptete, die Sozialdemokraten

hätten in der Gemeindelampe einem kommunistischen Bürger-

meister die Verhandlung verbot.

Genosse Kühl sollte sofort fest, daß dies nicht den Tat-

jahren entspricht.

Von 80 gegen 50 Stimmen der Sozialdemokraten, der Demo-

kraten und des Zentrumsvertreters wurde die Verhandlung ge-

schlossen. Die Verhandlung bis zum 23. Februar wurde jedoch

abgelehnt und mit großer Mehrheit beschlossen, die Wahl nunmehr,

entsprechend dem Eventualantrage Schneider, am 9. Februar vor-

duncken.

**Eine sozialdemokratische Anfrage**

Die Genossin Winkler hatte folgende Juristische Anfrage ein-

gebracht:

In der Rosenklinik des Johanniskloster Kranken-

hauses befindet, wie mir mitgeteilt wurde, erhebliche Wände

bei der Abstreitung namentlich ambulanter Patienten

in Inobediente liegen gegenüber den Vorhaben mehr düs-

forscherfreude von weniger Menschen behandelt werden.

Ich frage deshalb: 1. ob zum bekannten in das Krankenhaus sich

Stunden nach darüber zwischen ihnen? 2. ob Patienten, die nicht an

anderen Krankenhaus eingewiesen werden, unter anderem

sofort, vorübergehend eingewiesen werden? 3. ob es nicht et

so ist, um eigentlich kranken zu machen?

Die Genossin Winkler:

Dem Stadtvorstand nicht anzusehen waren. Das Stadtvorstand hat

der Abstreitung ambulanter Patienten auf der Rosenklinik oder

Staatsärztin Johanniskloster behandelt.

Auf Grund der Anfrage im Rahmen einer Abstreitung

der Stadtvorstand auf der Rosenklinik zur Abstreitung eines

Leidens. Jährling im Jahr 1929 im Jahr 1930 im Jahr 1931

leidet. Jährling einer Arbeitsbeschäftigung eines jahrelang arbeits-

losen Patienten verfügt. Am Ende ist es nicht so leicht, als

daher ambulant auf Patienten auf der Rosenklinik behandelt werden

müssen. (Herr, hört v. d. Soz.)

Die Abstreitung der Rosenklinik nach die Heimbehandlung nicht geben

nach der Heimbehandlung der Einrichtung erfolgt. Die Rosenklinik kann

aber nicht weiter behandeln, da sie mit möglichst geringem Aufwand

die Kosten des Krankenbaus, die von anderen Stationen durch Patienten

und Besuchern auf Patienten in die Rosenklinik gebracht werden, vor

anderen Patienten behandelt werden.

Der Verteidiger der Rosenklinik hat erklärt, daß er bei der letzten

Befreiung mit Regalen in der Nähe der Rosenklinik auf dem Rosen-

klinikhof zurückgegangen waren. Die Rosenklinik hat

die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Abstreitung am Rosenklinikhof zurückgegangen.

Die Rosenklinik hat die Ab

# Sachsen

## **Neuer Vorstoss der Schulreaktion**

Der Geschäftsvorstand des Landesverbundes der Christlichen Elternvereine Sachens e. V. veröffentlicht folgende Entschließung:

Zu Peinen der Heimkehrerschunftswoche fordern wir eingeschränkt die Belehrung und das Sachliche Nebenunterrichtsstoffgelehrte. Es hat uns die evangelische Schule genommen. Wer kann unseren Kindern nicht die Unterweisung und Erziehung im christlichen Glauben nehmen. Wir müssen auch unsere verantwortlichen Bediensteten gegen die Einführung eines neunten Schuljahrs und gegen die Verfeindung der Ersten- und Kleinschulgenüsse der Schüler geladen machen. Viele Maßnahmen würden unheilvolle Auswirkungen auf weiter Dauer herbeiführen. Die katholische Elternschaft erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften und insbesondere auch von den mit der Volksschulbildung betrauten Behörden eine entschiedene Förderung der Bemühungen unserer christlichen Kirche.

Der allgemeinen ist man dieses reaktionäre Gedanke ja schon gewohnt. An der vorliegenden Entschließung ist immerhin bemerkenswert, daß von der Einführung eines neunten Schuljahrs „unheilvolle Auswirkungen auf unsere Jugend“ erwartet werden. Man wäre wirklich begierig zu erfahren welche Begründung die Christlichen Elternvereine für diese Behauptungen geben könnten. Ein übrigens zeigt der Vorstoß erneut, wie wichtig es ist, daß die fortwährlieche Elternschaft die größte Aktivität enthalte.

## Die S.P.D. als Helfer der Reaktion

Die R.P.D. als Ayerel der Bevölkerung  
1. Chemnitz, 28. Jan. In Wartendorf-Gemünden steht nicht die Bürgermeisterwahl bevor. Die Gemeinde hat eine sozialistische Wirklichkeit, so daß die Wahl eines sozialistischen Bürgermeisters gefährdet wäre. An einer von der R.P.D. einberufenen Einwohnerversammlung erklärte Hauptlehrer Hofmann, daß den Kommunisten unter Umständen ein Bürgermeister lieber sei als ein Sozialdemokrat. Die Kommunisten in Wartendorf wollen auf jeden Fall verhindern, daß ein Sozialdemokrat Bürgermeister wird. Lieber ermöglichen sie die Wahl eines Erzfeindes.

In Thalheim im Erzgebirge, einer Industriestadt mit proletarischer Bevölkerung, sorgten die Kommunisten, die das Bündlein an der Waage bildeten, erneut dafür, daß das Präsidium kein bürgerlich zusammengesetzte wurde. Die gleiche kommunistische Tradition behielt es durch ihre Taktik auch festin, daß der Rat keine proletarische, sondern eine bürgerliche Mehrheit aufweist. Eine der ersten Taten dieses bürgerlichen Rates von Gnaden der KPD war dem kommunistischen Volksmeister Schwarz zu tödlichen. Nun schwören die Kommunisten, die die bürgerliche Mehrheit im Mai erst ermöglichten, über den „Verrat der KPD“. Das Traditionalistische an dem Rollt ist, daß der nun auf die Straße geworfene Kommunist als ehemaliger Stadtverordneter mit dazu beigebrachten hat, daß der Rat bürgerlich zusammengesetzt wurde.

Auch in Stollberg sorgten die Kommunisten dafür, daß trotz proletarischer Mehrheit ein bürgerlicher Vorsitzender gewählt wurde. Die gleiche Tatsit hat auch in einer Reihe von kleineren Gemeinden zur Auslieferung des Präsidiums an die bürgerliche Widerpart geführt.

#### **Ablöfung der Wertpapiere**

**Ablösung der Marktanleihen**

Die Regierung hat dem Landtag eine Vorlage zur Ablösung von Marktanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände, für die Schuldverschreitung ausgestellt und unterbreitet. Während die Aufwertungsfragen im allgemeinen ihre Erledigung gefunden haben, ist die Ablösung gewisser Marktanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände noch nicht endgültig erledigt. Selbstverständlich bewirkt der Aufwertungsteil des Ballin'schen Gesetzes die Gelegenheit, sich als Streiter für die Nochendigkeit des Vorhabens seiner Partei aufzuspielen. Er verlangt im Rechtsanspruch des Landtages eine Ablösung von mindestens 5 Prozent des Goldmarkbetrags der Anleihen. Das würde aber eine schwere Schädigung der Gemeinden und Gemeindeverbände bedeuten, da die Treuhänder bei der Restellung der Aufwertungsprojektive für die einzelnen Gemeinden nicht mit dieser hohen Ablösung gerechnet haben. Dasselbe gilt von einem Antrage Kästner's, der sich an die Seite Dr. Ballin's stellt und eine Rückwirkung des Gesetzes über den 14. Juli 1922 hinaus verlangt, so doch sogar rechtsträchtige Entscheidungen und Vergleiche außer Kraft gelegt werden sollen. Die Regierung könnte, weil es dem Statistischen Bundesamt nicht möglich gewesen ist, genaue Berechnungen fertigzustellen, die Verlustung der Gemeinden und Gemeindeverbände, die durch eine Rückwirkung des Gesetzes entstehen würde, nicht genau beziffern. Die zufliegenden Posten bewegen sich schätzungsweise zwischen zehn bis vierzig Millionen Mark. Diese Summen sind für die Bezirksverbände ganz untragbar. Es kommt hängt, daß die Marktanleihen am ehesten aufgenommen werden müssten, um die Kriegsobligationsvergaben zu erstatten und daß bei der Rückerstattung dieser Leistungen durch das Reich Verpflichtungen aus einer weitergehenden innergesetzlichen Regelung, als sie durch das Amortisationsgesetz notig ist, unberücksichtigt bleiben werden. Um genauere Berechnungen anzustellen, wurde auf sozialdemokratischen Antrag hin schließlich die Beratung verstetzt.

Watermark from [www.Mirrored.com](#)

**Notverordnung zum Wohlfahrtspflegegesetz**  
Die Notverordnung über die Änderung des Wohlfahrts-  
pflegegesetzes und des Gesetzes über die Verwaltungsschärfepflege  
vom 3. Juli 1930 ist nunmehr im Reichsausschluß gegen die  
Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen  
worden. Die Abstimmung der Katastrophenparteien hat keine  
ähnliche Bedeutung. Für die Sozialdemokratie war maßgebend  
für ihre bisher ablehnende Stellung, daß den Bezirkfürsorge-  
verbänden nicht der tatsächlich ihnen entstehende Aufwand gesicher-  
t werden sollte. Um das zu erreichen, waren die Verhandlungen  
des Reichsausschusses in der vergangenen Woche fortlaufend  
eingespannt; zwischenzeitlich haben Verhandlungen mit dem Kommu-  
nalen Spitzenverbänden stattgefunden, die zu folgender  
 Vereinbarung geführt haben:

Die Regierung führt zu dem Vordring einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Notverordnung voran, falls sich ergibt, daß die Abgeltungsumrechnung von 8 250 000 M. aber der Berechnungsmöglichkeit für ihre fünfjährige Neufestlegung eine Bedrohung ausserhalb des Gesetzgebungszeitraums entgegensteht.

Diese Geltung entspricht der Anerkennung des sozialdemokratischen Berichterstatters Benoßten Güttler, so daß die sozialdemokratische Tradition hier nicht mehr aufzuhalten ist.

**Stellvertreter im Sitzungsausschuss**

**Rasismus im Leipziger Stadtparlament**  
In der Leipziger Stadtoberbürgermeisterei vom Mittwoch kam es zu Szenen, wie sie sich bisher im Leipziger Stadtparlament noch nicht abgespielt haben. Als die Stadtoberbürgermeisterin, Genossin ammermeier, sich gegen die Nazis wandte, wurde sie von dem Nazi-Lümmel Haase als Dirne beschimpft. Im ganzen Saale stand ein Protest声, und auch von den Bürgerlichen wurde der Hinauswurf dieses Raschens meiningungs verlangt. Haase wurde auf vier Sitzungen von den Verhandlungen der Stadtoberbürgermeisterin ausgeschlossen.

**Konservative Tageszeitung.** Wie die Sächsisch-Böhmisches Correspondenz meldet, hat die Volkskonservative Partei die Sächsische Landeszeitung in Dresden gepachtet und wird sie vom

**Radiotelefonnprüfung.** Von den im sächsischen Schuldienst befindenden Radiotelefonistinnen, die mit einer Radiotelefonprüfung abgelegt haben, nehmen die Gelegenheit zu geben, eine weitere Lehreiszahlung am ersten zu beantragen das Volkssbildungministerium, im Frühjahr 1912 am Landeslehrer-Seminar für technische Lehrerinnen im Chemnitz legitimat Einselprüfungen für Radiotelefonlehrerinnen und für Hoch- und Haushaltungstelefonistinnen auszuhalten. Meldungen hierzu sind bis zum 1. März 1912 auf dem Dienstweg beim Ministerium einzureichen.

der Arbeitslosigkeit gelerngelebt; die Ausweitung der Erzeugungsbedingungen für mehrere Güterbetterichten hat dazu geführt, daß Produktionsgebäude einfach nicht mehr gekauft werden können, da die Ziele des Protests in größeren Maßen mit dem aufbereiteten Kartoffelmarkt genossen werden. Diese Bezeichnungen der deutschen Müller geben die Sorgen der erschöpften Abwandsverbrauchsgeflechte und hängen hervor. Der hier zwischen Agrarpreise und Armut deutlich werdende Zusammenhang ist ein Wagnis, das unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Agrarpreise ohne Rücksicht auf die industrielle Versorgung in die Höhe zu treiben. Die Politik des Reichsnahrungsmittelministers kann

## **Internationale Agrar-Konferenz**

Für französisch-deutsche Zeiten.

P. Paris, M. Januar. (Ein Rundschau des Studienkreises für die europäische Solidarität dem Vorfall des ehemaligen Ministers Le Troquer gelteten. Der Vorlesende berichtete über die Einwirkungen der Reise durch Mitteleuropa und hoffte als deren Ergebnis der Abschluss einer Solidarition zwischen Frankreich und der österreichischen Zentralmacht. Das Komitee beschloß, ein Projekt für den Frieden zwischen Frankreich und Österreich zu erarbeiten.

Amtlicher Wintersport - Weltcup

Amtlicher Wintersport - Welterdig vom 30. Januar	
<b>Tharandter Wald:</b> - 1 Grad. bedeckt. hill. 1 cm Schne. Im vereitl. Model aus. Winterlandbahn im Tharandter Wald.	
<b>Lausche</b> (Waltersdorf): - 3 Grad. bedeckt. Tharandter Wald 1-2 cm. Neudörfer. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Sobland</b> (Ziegel): - 2 Grad. Nebel. hill. 40 cm Schne. 1-2 cm. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Neukirch (Waltersdorf):</b> - 2 Grad. bedeckt. hill. 40 cm Schne. 1-2 cm. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Neustadt:</b> - 1 Grad. bedeckt. hill. 2 cm Schne. 1-2 cm. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Großer Winterberg</b> (Schmiede): - 1 Grad. heiter. 4 cm. 1-2 cm. Neudörfer. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Göltzsch</b> (Augustusburg): Hill. Nebel. Schmiede. 2 cm. 1-2 cm. Neudörfer. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Lauzenstein-Bärenstein</b> : - 1 Grad. bedeckt. Tharandter Wald. 2 cm. Schne. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Altenberge:</b> - 2 Grad. heiter. Tharandter Wald. 2 cm. Schne. Vulverdünne. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Zinnwald-Georgenfeld:</b> - 3 Grad. heiter. Tharandter Wald. 2 cm. 1-2 cm. Neudörfer. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Schellerbach:</b> - 3 Grad. heiter. Tharandter Wald. 2 cm. Schne. Vulverdünne. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Kipsdorf-Bärenstein:</b> - 2 Grad. heiter. Tharandter Wald. 4-6-10 cm. Neudörfer. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Rehfeld:</b> - 1 Grad. heiter. hill. 70 cm. Schne. 1-2 cm. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Frauenstein:</b> - 2 Grad. bedeckt. hill. 47 cm. Schne. 1-2 cm. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Neuhäusen</b> (Edmersdorf): - 2 Grad. wolfig. Tharandter Wald. Schne. verbuntend. Eti und Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Sayda:</b> - 3 Grad. heiter. Tharandter Wald. 2 cm. Schne. 1-2 cm. Eti und Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Marienberg:</b> - 1 Grad. wolfig. Tharandter Wald. 2 cm. Schne. Vulverdünne. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Hirtstein:</b> - 4 Grad. bedeckt. lebbalter. Schne. 18 cm. Schne. Vulverdünne. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Annaberg-Pöhlberg:</b> - 1 Grad. wolfig. Tharandter Wald. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Jöhstadt:</b> - 3 Grad. heiter. Tharandter Wald. 10 cm. Schne. Neudörfer. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Bärenstein</b> (Weißer Hirschberg): - 4 Grad. heiter. 10 cm. Schne. 1-2 cm. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Oberwiesenthal:</b> - 4 Grad. heiter. hill. 80 cm. Schne. 1-2 cm. Vulverdünne. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Pfeilberg:</b> - 5 Grad. heiter. Tharandter Wald. 20 cm. 1-2 cm. Neudörfer. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Johnsberg-Görgenstadt:</b> - 1 Grad. wolfig. Tharandter Wald. 2 cm. 3-5 cm. Neudörfer. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Auerberg:</b> - 1 Grad. wolfig. Tharandter Wald. 20 cm. Schne. 1-2 cm. Vulverdünne. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Carlsfeld:</b> - 3 Grad. heiter. Tharandter Wald. 20 cm. Schne. Vulverdünne. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Schöneck:</b> - 2 Grad. Nebel. hill. 50 cm. Schne. Vulverdünne. Model sehr gut. berührt Vulverdünne.	
<b>Klingenthal</b> (Hübelberg): - 3 Grad. Schneefall. lebbalter. Eti. Schne. 6-10 cm. Neudörfer. Vulverdünne. Eti und Model sehr gut.	
<b>Naturfreundehaus Rote Grube</b> , Voh. Golo, Erzg.: - 20 Schneefall. 16 cm. Schne. 12 cm. Neudörfer. Vulverdünne. Eti ist gut.	



# Gegen das Nazitreiben bei der Polizei

Minister Richter bestätigt die Richtigkeit der Anklagen Liebmans - Der Einspruch Dönicke abgewiesen

## bürgerliches Lumpengesindel!"

Abg. Kuhn hält als Vizepräsident ab

Im Landtag wird uns geschrieben: „Vorab unterrichtet: Büßlicher, notwendiger, wohlverstandener ist die Rassifreude unter den Parteien des Landtages, was das, was sich die Parteien des Landtages vor dem 27. Januar 1931 gegen die Polizei erklärte, er lege seinen Posten als zweiter Vizepräsident mit sofortiger Wirkung nieder.“

Die Rassifreude gegen die Stimmen der Nazis überwältigte den Ausdruck Dönicke auf fünf Sitzungen und es wütendes Aufkommen bei der Rassifreude. Wie ein angesiedeltes Schiessvolk gärteten sie und drängten unter dem hölzernen Hallendeck zum Saalausgang. Rüllinger geschildert wird. Trocken mit den Armen fügten: „Wie seien uns schon niederr!“ Als die verlor Nazi-Vorstand des Sitzungssaal. Vater, Minister des Deutschen Reichs ist rief Lach noch im Saal vertrieben zu den bürgerlichen Parteien: „Bürgerliches Lumpengesindel!“ Das war lautstark unter den Bürgerlichen zu harter Lach geläufigen töte läppie, einige machten ihrer Entzücke Luft, andere schüttelten das Haupt über so viel Stolz entgegenkommen, das sie bisher den Nazis gezeigt haben: „Ihr Lumpengesindel! Ihr Wörder stören!“

Die Nazis abgezogen waren, nahm die Bevölkerung ihren Austritt. Mit Recht wiss der sozialdemokratische Siegnot, darauf hin, dass der Nazi am Leben zeigt, wie ernst sie die von mir gestellten Anträge nehmen. Die Verhandlungen dann noch einmal durch eine Nationalversammlung.

Die Nazis hatten in einem Schreiben an den Präsidenten bekannt, sie lehnen die Mitarbeit im Landtag und hätten auch am Dienstag die Abstimmung über sozialdemokratische Redner den Naziminister nicht gehabt. Tatsächlich haben aber die Nazis am

Landtag nicht bei dem Teil der sozialdemokratischen Verhandlungen, die sich mit Frieden beschäftigte, als er Kauflehrer Nazi-Wilhelm Weiß nennen wurde, wie er ist. Zu diesen

hatten die Nazis am Donnerstag im Landtag

eine Erklärung abgeben wollen, die aber wegen grober Schimpfereien vom Landtagspräsidenten zurückgegeben wurde, wobei ihnen gehagelt worden war, sie möchten ihre Erklärung in dem im Landtag üblichen und zulässigen Tone ablassen. Sehr richtig bewertete dazu ein Zwischenruf, dass das die Nazis überhaupt nicht können.

Die „Sensation“ bestand nun darin, dass Abg. Kuhn schriftlich erklärte, er lege seinen Posten als zweiter Vizepräsident mit sofortiger Wirkung nieder. Abg. gemeine Heiterkeit!

## Ach und Sieg

In einem weiteren Schreiben an das Landtagspräsidium hat Herr Lach behauptet, er habe nicht gerufen: „Bürgerliches Lumpengesindel“, sondern nur „Ihr Lumpengesindel“. Als der Landtagspräsident im Landtag erklärte, er habe Lach ausgeschlossen, weil Lach gerufen hat „Ihr Lumpengesindel“, brach spontan der Widerspruch bei den bürgerlichen Parteien hervor, die den Präsidenten durch den Ruf zu forcieren: „Bürgerliches Lumpengesindel!“ Lach hatte aber trotz den zahlreichen Zeugen des Sturz, seinen Ruf abzuleugnen und außerdem noch zu schreiben:

„Ich habe mit diesem Zwischenruf kein Mitglied des Landtags beleidigen wollen!“

Weiter behauptet Lach, er habe seinen Zwischenruf erst in der Tür und dann außerhalb des Saales gemacht, daher sei er zu Unrecht ausgeschlossen worden. Der Zeugung hat also nicht einmal der Nutzen, zu seinem Ausdruck zu haben. Zur Freiheit kommt also noch die Freiheit. Wie ungestoppt Schulden suchen die Nazis jede Herauszulügen, was ihnen freilich in diesem Falle nichts hilft.

So haben sich die Nazis in eine Situation manövriert, die für die Landtagsarbeiten und für die Auflösung über die Nazis im Volle nur nützlich sein kann. In der nächsten Landtagssitzung am Dienstag wird die Erwahlung zum zweiten Vizepräsidenten des Landtags vorgenommen, der vorzugsweise kein Nazi sein wird.

Am Schluss der Aussprache über den Etat erklärte der Ministerpräsident Schied, dass die Regierung von ihrem Recht Gebrauch mache und für eine Anzahl der Anträge zum Etat Ausnahmeverordnung fordert. Dem möchte entsprochen werden, so dass auch die Abstimmung über die übrigen Anträge verzögert werden könnte. Damit kommt die Verabschiedung des Etats für 1931 immer mehr an den Anfang des Etatsjahr und an die Behandlung des Etats für 1931, der in kurzer Zeit dem Landtag zugehen soll. Liegt der Etat für 1931 vor, dann wird sich der Landtag wahrscheinlich nicht noch lange Zeit mit dem Etat für 1930 beschäftigen können, denn der Etat für 1931 müsste ordnungsgemäß bis zum 31. März erledigt sein.

## Die Etatberatung vertagt

Heute kam heute, Donnerstag, zunächst der Einheitspolizeipräsident Dönicke gegen keinen in der Sitzung des Präsidiums Wedel verfügte. Am 25. Jänner Sitzungen zur Verhandlung. Der Einheitspolizeipräsident damit begründet, dass sich der Abstimmung nicht mit der Tagesordnung beschäftigt, Nationalsozialistische Bewegung und eine Reihe ihrer Parteien, ohne dass der Präsident eingehalten hätte, die Sache gerufen habe. Deshalb habe er Zeugung gegeben. (Große Heiterkeit.) Tatsächlich stimmen gegen die Nationalsozialisten und gegen den Einspruch ausdrücklich ein. Die Abstimmung ist damit das Vorgehen des Präsidenten Wedel

Nationalsozialisten verlassen darauf unter böhmischen Unten wiederum den Sitzungssaal. Beim Hinuntergehen Nationalsozialist Lach der Linken zu: „Lumpengesindel“ verlässt sofort seinen Abschluss von 1930. Darauf wurde ein Antrag des Untersuchungsgerichts auf Vernehmung der Vorführung des Abg. Siegnot, gegen den ein Verfahren wegen eines Unternehmens, begangen durch die Prese, und zwar einstimmig. Gegen wurde ein Strafverfahren in Dresden zur Strafverfolgung des Abg. Siegnot einstimmig gutäugewiesen. Darauf

## Haushaltplanberatung

Von der Vollnationalen Rasse. Er erklärte, die Vollnationalen würden beim Etat 1931 vorgetragen. Regierung sollte nichts unverhüllt lassen, den Polizei in höheren Dienst zu erleichtern, schon um die Gewalt in die Verhüllung der radikalen Gruppen, die Polizei in den Hintergrund zu bringen. Die bürgerliche Kritik gegen die Radikale ist es doch gewesen, die den Radikalen den Silberstreifen geschenkt hat, der nun von dem man glaubte, dass eine Befreiung für das Radikal zu erwarten. Der Redner spricht schließlich den Radikalen die gegenwärtige Regierung dem sächsischen Volke erhalten bleiben möge.

## Abg. Siegnot (Soz.):

Abg. Dr. Günther hat die Sache so dargestellt, als ob die Radikale und der Regierung gehörten, welche nicht rechtzeitig erledigt wird. Dabei ist doch die Radikale selbst mit schuld, dass im Sachsen Landtag die Unschärfe besteht, dass keine Regierung ist. Die Deutsche Volkspartei ist es doch gewesen, die den Radikalen den Silberstreifen geschenkt hat, der nun nicht mehr zu erwarten. Aber nun scheint man erkannt zu haben, dass Radikale braune Hemd. (Zehn und b. d. Soz.) Aus Radikale kann man an den Nationalsozialismus verhindern, der die Radikale verlassen hat. Man hat geglaubt, dass sich die Radikale verlassen wollen, eine nationale Einstellung der Radikale bringen können. Diese Einstellung setzt immer mehr in ganz Europa nach der Ritterkrippe und eine große Demagogie sind die nationale Einstellung,

die Vollpartei bei den Nationalsozialisten zu erkennen glaubte. Wenn jetzt bei der Vollpartei Erinnerung darüber herstellt, dass die Sache nicht so erinnert, wie sie glaubt haben, so ist das verdeckt. Wenn Herr Lüdke meinte, dass sich in dieser Zeit der Provinz Not ein großes Geschehen finden würde, dann müssen sich die Herren von der Vollpartei dieser Worte zu allererst einstimmen annehmen.

Die Einstellung der Nationalsozialisten wird durch ihre Abwesenheit gekennzeichnet. Sie haben schon während der letzten Sitzung ihre Zeit unten im Praktizierzimmer verbracht. Es wird interessant sein, ob sie sich zur Abstimmung einzufinden werden, weil man dann so recht ersehen kann, was die vielen Anträge, die die Nationalsozialisten gestellt haben, für einen wirklichen Zweck haben werden. Den Herren ist es schon jetzt Angst vor ihrer eigenen Sitzung. Wenn die Nationalsozialisten so tun, als ob sie der Sitzung fernbleiben, weil mein Verteidiger Liebmann einen fest noch amtierenden Minister beleidigt hatte — Herrn Fried —, so ist festzuhalten, dass die Nationalsozialisten sehr schlecht angehoben haben. Der Nach in der letzten Sitzung ging bekanntlich los, als Liebmann Herrn Wulffmann aus Plauen vor das Forum der Losenlichkeit hingestellt hat, nicht Herrn Dr. Fried. Sicherlich b. d. Soz. Das ganze Gerücht der Nationalsozialisten und alle ihre Anträge sind

## nichts weiter als eiste Schaumslägerei

Dementsprechend sind auch ihre Anträge zu bewerten.

Zum Schluss begründet unser Redner die sozialdemokratischen Anträge auf Zusammenlegung der kleinen Haushalte und auf Einführung der erforderlichen Mittel in den Haushaltplan für den Bau der Talsperren im Sächsische und im Niedersächsische und auf schnelle Durchführung dieser Talsperrenbauten.

## Innenminister Richter

Den Leitgedanken, von dem das Ministerium des Innern bei Führung der Polizeigeschäfte ausgeht, habe ich bereits vorgestern kurz herausgestellt. In der Tat wird

für die oberste Führung wie für alle nachgeordneten Führer Richtschnur des Handelns sein müssen, dass die Polizei jederzeit bereit und fähig ist, nach den Anordnungen der Regierung für Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen und alle Bestrebungen, die dem Wohl zumutbar die Aenderung oder Befestigung der gegenwärtigen staatlichen Ordnung zum Ziel haben, unter allen Umständen mit Erfolg zu bekämpfen.

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen (Verfassung, Polizeibeamten- und Pflichtengesetz) wird widerstrebenden Tendenzen entgegengesetzt und gegen Elemente, die sich auf Träger solcher Tendenzen machen, vorgegangen werden. Der gefüllte Aufgabe kann allerdings die Polizei in einer Zeit, in der die parteipolitischen Bewegungen in besonderer Schärfe und Leidenschaftlichkeit gegenüberstehen und in der der Kampf der Parteien nicht allenthalben mehr, wie das bei einem Volke, das den Anspruch geltend macht, ein Nationalstaat zu sein, der soll sein müsse, ein Kampf mit gefährlichen Waffen, sondern je länger desto mehr bei einem Teil der Bevölkerung ein Kampf mit Flüchten, Fliegern, Schießen und nach gefährlichen Werkzeugen und Waffen geworden ist, und dann voll-

kommen gemacht sein, wenn sie in allen ihren Glieben fest auf dem Boden der Rechtsordnung steht und objektiv und neutral eingestellt ist.

Die Regierung wird zu prüfen haben, ob das positive Recht, an das ja auch die Regierung gebunden ist, ausreichend Garantien in dieser Richtung zu bieten vermag. Gelangt man bei dieser Prüfung zu einem negativen Ergebnis, so wird eine entsprechende Änderung der Weise in der Richtung einer neuen

## Entpolitisierung der Polizei

unvermeidlich und geboten sein. Eine parteipolitische Beihilfe im Dienst, in den Diensträumen sowie in Uniform ist Polizeibeamten schon jetzt durch das Polizeiamtsgesetz streng verboten. Das werde dieses Verbot erneut einführen und darüber hinaus die Weisung ergehen lassen, dass die Polizeibeamten

auch außerhalb des Dienstes sich in der Beifügung für politische Parteien strengste Zurückhaltung ausstrecken.

Der Bund, das große D. P. Organ des Zivilischen Polizeiamtsverbundes, ist sicher wie die anderen Verbänden der Polizeigewerkschaften behandelt werden. In der vom Abg. Wulffmann angezeigten Sitzung vom Januar werden allerdings nicht nur Abstimmungen im jungen Staat beobachtet, sondern es wird das ganze Abstimmungsspiel als moralisch und faul bezeichnet und erklärt, dass „Ausbeuterarbeiter an ihm zwecks sind“.

Der Artikel ist geeignet, die Polizeibeamtenchaft mit Lohn und Verdienst gegenüber dem Staat zu erfüllen.

Aus der Sprechung, „Über kurz oder lang werden wir überall nationale Regierungen haben“, ist der Stolz zu ziehen, dass die beiden Regierungen als nicht national bezeichnet werden, eine Unterstellung, die die tatsächliche Regierung mit aller Schärfe verbietet. Eine Zeitkraft und eine Organisation, die in dieser Weise die Polizeibeamten zu beeinflussen verucht, stellen sich außerhalb des Rahmens der rein gewerkschaftlichen Bewegung und müssen und werden entsprechend behandelt werden.

Zu einer Wertheversammlung in der Landespolizeischule Meissen beteiligtgegeben werden sei, trifft in der Form zu, da, wie auch bei Versammlungen anderer Polizeigewerkschaften, die Verhältnisse in der nichtamtlichen Polizei zum Gesetzesrecht ermutigt werden. Das Ministerium hat diese Form der Befreiung nicht billigen können. Es wird dafür gesorgt werden, dass überhaupt die Befreiungssätze nicht mehr in die verschiedenen Veranstaltungen im Tagebedarf grundsätzlich unterbleiben.

Herr Wulffmann ruft ferner die Zusammenlegung des Lehrbetriebs in der Landespolizeischule. Die Erziehung der jungen Polizeianwärter liegt jetzt in der Hand von Abt. 10. Sie werden hier in dem Wachtmutterland angehörenden Güstlichtern. Von den Güstlichtern und drei aus dem Wachtmutterland hervorgegangenen Wachtmutteren werden nach den neuen Vorlesungen fünfzig alle Offiziere aus der Gesamtheit der Anwärter entnommen, so dass die bisherigen Unterkünfte in der Vorbildung grundsätzlich wegfallen.

Herr Liebmann sprach von Rekrutenbrüll bei der Polizei. Wenn die Polizei ihrer schweren Aufgabe gewachsen sein soll, muss sie über löscherlich gutgeschulte und disziplinierte Kräfte verfügen, die der Führer fest in der Hand hat. Eine ständige Körper- und Disziplinschulung ist direkt unerlässliche Voraussetzung. Das Ministerium würde sich schweren Vorwürfen auslegen, wenn es die Disziplin vernachlässigte. Selbstverständlich muss ein übermäßiger oder ein ungemeinster Nebendumdienst vermieden werden.

Weiter hat Herr Liebmann die Personalpolitik des Ministeriums angegriffen. Hierzu möchte ich allgemein bemerken, dass die Befreiungen grundsätzlich die Eignung und Tüchtigkeit der Beamten berücksichtigt und mich dabei ausschließlich von tatsächlichen Gesichtspunkten leiten lasse. Gauermann Waage hat jetzt die Polizeistelle erhalten, die er bereits seit mehr als zwei Jahren im Ministerium durchaus zufriedenstellend vermittelte. Auftrag des Abg. Liebmann. Ich halte ihn für einen Beamten, der absolut verdeckt ist. Ob Gauermann der Nationalsozialistischen Partei gehört, weiß ich nicht. Ich halte es aber für wenig wahrscheinlich, nachdem gerade diese Partei mich wegen der bevorzugten Befreiung dieses schriftlich interpretiert hat. Polizeibeamtmann Wulffmann arbeitet weder im Ministerium noch ist ihm die Überleitung der praktischen Beamtenausbildung übertragen noch hat er die Offizierschule zu leiten noch die Offizieranwärter auszuwählen.

Was die übrigen Beschwerden und die gegen einzelne Beamte vorgebrachten Klagen anlangt, habe ich eine Untersuchung angeordnet. Ob das Wesentliche ergeben wird, erscheint mir über eingerathen anzufechten. Finanzminister Dr. Ehrlich wendet sich gegen die Aktionen der Nationalsozialisten, das Sachen wahrdeutlich mehr Rechenschaft zu beilegen kommen haben würde, wenn es noch einen lebensfähigen Wirtschaftsminister hätte.

Heute in der Debatte fortgeführt wird, teilte Präsident Wedel mit, dass der Abg. Lach schwierige Aufgaben gewachsen sein soll, muss sie über löscherlich gutgeschulte und disziplinierte Kräfte verfügen, die der Führer fest in der Hand hat. Eine ständige Körper- und Disziplinschulung ist direkt unerlässliche Voraussetzung. Das Ministerium würde sich schweren Vorwürfen auslegen, wenn es die Disziplin vernachlässigte. Selbstverständlich muss ein übermäßiger oder ein ungemeinster Nebendumdienst vermieden werden.

Weiter gibt der Präsident von einem Schreiben Kenntnis, in dem

der Nationalsozialist Kuhn wegen der Vorgänge in der Sitzung vom 27. Januar seinen Rücktritt vom Posten des 2. Vizepräsidenten angezeigt.

(Dopp. Gestell links.)

Am Anfang davon bemerkt der Präsident, dass die nationalsozialistische Fraktion eine Erklärung eingebracht habe, deren Verleistung abgelehnt werden sei, weil in ihr eine Reihe von Ausdrücken enthalten wäre, die der jeweils amtierende Präsident hätte zurückweisen müssen. Deshalb sei die Präsidenten aufgefordert, „Lumpengesindel“ gerufen habe. Analogisches sei festgestellt worden, dass sich der Beruf an die Bürgerlichen gerichtet und gelautet hat:

## „Ihr bürgerliches Lumpengesindel!“

Der Präsident bestätigt, dass der Präsident von einem Schreiben Kenntnis, in dem

der Nationalsozialist Kuhn wegen der Vorgänge in der Sitzung vom 27. Januar seinen Rücktritt vom Posten des 2. Vizepräsidenten angezeigt.

(Dopp. Gestell links.)

Am Anfang davon bemerkt der Präsident, dass die nationalsozialistische Fraktion eine Erklärung eingebracht habe, deren Verleistung abgelehnt werden sei, weil in ihr eine Reihe von Ausdrücken enthalten wäre, die der jeweils amtierende Präsident hätte zurückweisen müssen. Deshalb sei die Präsidenten aufgefordert, „Lumpengesindel“ gerufen habe. Analogisches sei festgestellt worden, dass sich der Beruf an die Bürgerlichen gerichtet und gelautet hat:

## Ministerpräsident Schied

Das Wort: Als sich der Landtag entschloß, der verordneten Zeit Abrechnung zu tragen und von Ausführungsberatung abzusehen, ist dies auch von der Regierung begrüßt worden. Dabei ist sie von der Ausführung ausgegangen, dass der Etat nicht wesentlich verändert werden wird. Die Erwartung entzieht aber ein Teil der verliegenden Aufträge nicht. Bei ihrer Annahme würde das Ministerium im Haushaltplan, an dem die Regierung unterrichtet, bestimmt mit Empfindlichkeit genutzt werden. Die im Außerordentlichen Etat beantragten Erhöhungen müssen schon an der Finanz-









